BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Ronnenberg

Frau
Bürgermeisterin
Stephanie Harms
Hansastraße 38

30952 Ronnenberg

Fraktionsvorsitzender,
stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jens Williges
jens.williges@gruene-ronnenberg.de

Andreas Beichler
andreas.beichler@gruene-ronnenberg.de

Ronnenberg, den 20. Januar 2019

Antrag zum Haushaltsplan 2019 – zusätzlicher Mittelansatz für den barrierefreien Umbau weiterer Bushaltestellen im Stadtgebiet

Beschlussvorschlag:

Es werden weitere Investitionsmittel für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen und entsprechende Einnahmen aus Fördergeldern in den Haushalt bzw. in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen. Der Förderantrag bei der Region wird bis Mai 2019 gestellt.

Begründung:

Unter anderem im dem Lokalteil der Hannoverschen Zeitung vom 18.01.2019 (Barsinghausen) und auf der Homepage der Region Hannover, Auszug siehe unten, wird beschrieben, dass der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen von der Landesnahverkehrsgesellschaft mit 75 % bezuschusst und darüber hinaus von der Region mit 50 % der Restinvestitionssumme. Der Eigenanteil der Stadt Ronnenberg beträgt demnach lediglich 12,5 % der Umbaukosten.
Der barrierearme Ausbau der Bushaltestellen im Stadtgebiet ist für die gewünschte verstärkte Nutzung des ÖPNV eine unbestrittene Maßnahme. Angesichts der aktuell sehr hohen Förderung sollte die Stadt diese nutzen, um hier zu einem beschleunigten vollständigen Umbau zu kommen.
Die Förderung des ÖPNV durch den barrierefreien Umbau der Haltestellen ist nicht nur für die Nutzer*innen eine Verbesserung, auch aus Klimaschutzgründen ist eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV notwendig.
Die genaue Anzahl der zum Umbau aufzunehmenden Haltestellen und die Höhe der anzusetzenden Investitionsmittel wird in Abhängigkeit der Beantwortung der Anfrage im Ausschuss beantragt werden.

Bitte wenden ▶

Homepage der Region, veröffentlicht am 06.12.2018:

Region erhöht Anreiz für Ausbau:
Mehr Geld für barrierefreie Bushaltestellen
Vorzeitiges Weihnachtsgeschenk für die Städte und Gemeinden in der Region: Die Region Hannover erhöht die Fördermittel für den kommunalen Ausbau barrierefreier Bushaltestellen. Pro Kommune und Jahr steigt die Förderung von 35.000 Euro auf 50.000 Euro.
Das »Anreizprogramm« soll, wie der Name schon sagt, die Motivation der Städte und Gemeinden fördern, den barrierefreien Ausbau des ÖPNV voranzutreiben. Bisher wurden jährlich maximal 35.000 Euro pro Kommune für eine 50-prozentige Mitfinanzierung der nicht durch Landesfördermittel gedeckten Kosten bewilligt – diese Summe wird nun von der Region Hannover auf 50.000 Euro (für die Landeshauptstadt Hannover auf 100.000 Euro) erhöht.

Gebaut wird im Jahr 2020
Im Dezember bekommen die Städte und Gemeinden von der Region Hannover die entsprechenden Zuwendungsbescheide zugesandt, damit die Kommunen ihre Anträge bis Mai 2019 einreichen können. Gebaut wird dann im Jahr 2020. »Wir geben den Städten und Gemeinden damit Planungssicherheit«, erklärt Elke van Zadel, Leiterin des Fachbereichs Verkehr der Region Hannover. Voraussetzung für eine Förderung der Region ist eine Förderung der Maßnahme mit Landesmitteln. Das Land Niedersachsen hat ihr ursprünglich bis 2014 laufendes Förderprogramm mit einer 75-prozentigen Maßnahmenförderung auf unbestimmte Zeit verlängert.

12,5 % Eigenanteil für Kommunen
Damit beträgt der Eigenanteil einer Kommune bei einem barrierefreien Ausbau einer Bushaltestelle 12,5 Prozent. Bis zu acht Bushaltestellen können Kommunen pro Jahr im vereinfachten Antragsverfahren (Sammelantrag) beim Land Niedersachsen für eine Förderung einreichen.

Kontinuierliche Erhöhung der Förderung
Die jährliche Gesamtbereitstellungssumme erhöht sich bei der Region Hannover damit auf 1.050.000 Euro. In den Jahren 2011 bis 2014 wurden pro Jahr 200.000 Euro, von 2015 bis 2019 pro Jahr 740.000 Euro an die Kommunen ausgeschüttet.

Kontinuierliche Steigerung der Bautätigkeit
»Wir erhoffen uns dadurch eine Beschleunigung der barrierefreien Zugänglichkeit des Verkehrssystems. In den vergangenen Jahren hat das ‚Anreizprogramm' zu einer kontinuierlichen Steigerung der Bautätigkeit der Kommunen auf durchschnittlich 70 Maßnahmen pro Jahr geführt«, so van Zadel

Mit freundlichen Grüßen

Jens Williges